

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20815.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Krawitz, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Brungersche monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen: vierteljährlich 12,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5,75 M. Einzelnummer 25 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 26 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Normalzeile 1,50 M., Familienanzeigen 1,20 M., die 4-spaltige Normalzeile 1,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Kurzigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgelassenen Tagen. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 100

Dresden, Montag den 3. Mai 1920

31. Jahrg.



Sächsische Probleme

Nachdem der Landesparlament und die darauf folgenden Debatten verlaufen sind, möchten wir hiermit zu den wichtigsten Problemen der sächsischen Politik zusammenfassend unsere Redaktionsmeinung vorlegen.

Die Landesparlamentarier in Meissen hat unsere Forderung nach einer Koalition mit den Demokraten beibehalten. Jeder Sozialist muß zwar wünschen, daß in einem Lande mit sozialistischer Mehrheit auch eine rein sozialistische Regierung aufstehe. Aber zunächst ist ja die Bildung einer solchen Regierung überhaupt nicht möglich, weil die Unabhängigen vor den Wahlen in das Kabinett gar nicht eintreten wollen und außerdem ist es leider sehr zweifelhaft, ob es Vertretern unserer Partei überhaupt möglich wäre, auf die Dauer gemeinsam mit den Unabhängigen in einer Regierung zu arbeiten. Wir haben bei einem Teil der unabhängigen Führer begrüßenswerte Anzeichen von Mäßigung und Besonnenheit beobachtet. Aber gleichzeitig müssen wir sehen, daß bei der U. S. V. eine Radikalisierung vor sich geht und die Führer der U. S. V. von einem Teil ihrer Anhänger auf das schärfste bekämpft werden.

Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, wohin die Reise bei der U. S. V. geht. Ja, wir wissen nicht einmal, was von der U. S. V. übrigbleiben wird, ob sie nicht den größten Teil ihrer Anhänger an die Kommunisten verliert. Wenn wir heute ein Kabinett mit den Unabhängigen zusammen bilden, bedeutet das, daß wir den Demokraten die sich während des Tages des Rapp-Bußches vollkommen einwandfrei verhalten haben, einen Fußtritt geben. Bei den unsicheren Verhältnissen im Lager der U. S. V. muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß unabhängige Minister unter dem Druck ihrer Anhänger recht bald unerfüllbare Forderungen stellen, oder wenn sie einen besonnenen Kurs einschlagen, von ihrer Partei kaltgestellt werden. Ginge aber dann die sozialistische Regierung in die Brüche, so ständen wir zunächst allein auf weiter Flur und wären in der unangenehmen Lage, die Demokraten bitten zu müssen, wieder in die Regierung einzutreten. Unter diesen Umständen wäre die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ein gewagtes Experiment, das für unsere Partei sehr unangenehm auslaufen könnte. Wir können nur die Hoffnung ausdrücken, daß die Entwicklung bei der U. S. V. recht bald die Vorbedingungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten beider Parteien schaffen möge.

In der Leipziger Volkszeitung wird nun behauptet, daß durch die Neubildung des Ministeriums an den Verhältnissen in Sachsen gar nichts geändert würde. Es bliebe alles beim Alten. Es ist richtig, daß auch der Genosse Bud in den politischen Grundfragen im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt steht wie die aus der Regierung ausscheidenden Genossen. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß es der neuen Regierung nicht gelingen wird, die Wünsche unserer Genossen besser zu befriedigen als der bisherigen. Was wurde denn überhaupt der Regierung Gradnauer in den Kreisen unserer Parteigenossen vorgeworfen? Es wurde betont, daß es die Regierung in vielen Fällen an der nötigen Entschlußfähigkeit und Entschiedenheit hätte fehlen lassen.

Es ist von den Genossen Gradnauer und Ullrich in Meissen mit einem gewissen Recht auf die ungeheuren Schwereigkeiten hingewiesen worden, von denen sie gequält wurden. Niemand wird bestreiten, daß tatsächlich die Schwierigkeiten sehr groß sind, aber es ist die Frage, ob nicht gerade die Schwere der Zeit ein ganz besonderes Maß von Entschiedenheit fordert. Selbstverständlich wird es jetzt einer Regierung nicht möglich sein, alle Wünsche der Parteigenossen voll zu erfüllen.

Wir sind auch überzeugt, daß es gar nicht so schwer hält, unsere Parteigenossen davon zu überzeugen, daß viele ihrer an sich berechtigten Wünsche unter den heutigen Umständen nicht erfüllt werden können. Aber zweifellos sind unter der bisherigen Regierung Fehler gemacht worden, die hätten vermieden werden können. So hat sich bei der neugegründeten Landesicherheitspolizei die Regierung nicht den notwendigen Einfluß auf die Auswahl der Offiziere und Mannschaften verschafft. Ueber die Einstellung der Offiziere entscheidet, wie uns berichtet wird, eine Kommission von Reichswehr-offizieren. Die Regierung hätte alles tun müssen, um aus der Landesicherheitspolizei eine zuverlässige republikanische Truppe zu machen. Wenn schon bei der Reichswehr vielfach republikanische Offiziere geachtet wurden, so hätte dafür Sorge werden müssen, daß für solche Männer in der im Freistaat Sachsen errichteten Volkspolizei Platz war. In Weidenburg hat man die Leitung der Landespolizei einem zuverlässigen demokratischen Offizier, dem Obersten Lange übergeben. Warum konnte man in Sachsen nicht ähnliches tun? Auch die bei der Sicherheitspolizei eingeleiteten Zivilkommissare sind trotz vielfacher Mahnungen unserer Landtagsfraktion nicht mit den nötigen Nachbefugnissen ausgestattet worden.

Man hat überhaupt den Eindruck, daß der Einfluß unserer Minister auf die Verwaltung nicht so stark gewesen ist, wie wir es wünschen müssen. Damit kommen wir zu einer Frage, die sicher für unsere Partei sehr schwer zu lösen ist, das Beamtenproblem. In früheren Zeiten war die Sozialdemokratie von den Beamtenwahlen ausgeschlossen. Und abgesehen von den Ministerposten sind auch heute noch fast alle höheren Stellen der Verwaltung von Angehörigen der früher herrschenden Parteien besetzt. Die Frage der sogenannten Demokratisierung der Verwaltung hat auch in

Blutiger Maianfang

Blutige Zusammenstöße in Oberschlesien

Dresden, 3. Mai. In schweren und blutigen Zusammenstößen ist es in Ostoberschlesien, wo die Groß-Polen unter Führung des berühmtesten Agitatoren Boguslawski, entgegen ihrem Versprechen gegenüber der dortigen Entente-Kommission, die wegen der gespannten Lage keine Genehmigung zum Umzug erteilt hatte, in Scharen von einigen tausend Mann, unter denen sich viele Haller-Soldaten befanden, mit polnischen Bahnen und Abzügen durch die Stadt gezogen. Die deutsche Bevölkerung, die sich während der Maifeier streng an das Fahnenverbot gehalten hatte, forderte daselbst von den Polen, die dies ablehnten. Es kam zu heftigen Krawallen, bei denen es auf beiden Seiten eine große Anzahl Schwerverletzter gab. Insbesondere wurden mehrere Beamte der Sicherheitspolizei, gegen die von den Polen täglich in der schlimmsten Form gehetzt wurde, so mißhandelt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die polnische Besatzung greift erst spät ein und trennte die Kämpfenden. Die Polen zogen dann vor den Sitz der Entente-Kommission, wo sie eine Kundgebung veranstalten wollten, aber gezwungen wurden, die Fahnen und Abzügen abzugeben.

Krawalle in Opatowitz

Opatowitz, 3. Mai. In Opatowitz wurden die von den Polen aus der Umgebung herangezogenen Truppen der polnischen Landwache fast sämtlich vor der Stadt aufgelöst, nur einer gelangte bis zum Getreidemarkt, wo er mit der deutschen Bevölkerung ins Handgemenge geriet. Es fielen Schüsse und es gab mehrere Verletzte. Die Menge stürzte dann zum polnischen Konsulat, rief die Wappenschilder ab und warf sie in die Luft. Französische Kanoniere richteten darauf das Gebäude und sperrte die Umgebung durch Maschinengewehrpatrouillen und ein Panzerautomobil ab. Der Gemeindevorstand des Abstammungsfreies Komitatus hat in einer Eingabe an die preussische Regierung die Wiedereinführung des wegen seines Verhaltens in den Rapp-Tagen abberufenen Landrates Dr. Sauer gefordert.

Verhandlungen

Dresden, 3. Mai. Zwischen den deutschen Parteimitgliedern und dem französischen Major Gerbas fand in Hindenburg eine längere Besprechung statt, in der auf die Veröffentlichung der Dokumente, das Vorhandensein der Waffenlager und die übrigen polnischen Vorbereitungen hingewiesen wurde. Da man vielfach der Ansicht sei, daß ein Einverständnis zwischen der internationalen Besatzung und polnischen Beamten bestünde, hätte man um unabweisbare Stellungnahme. Auf die Frage des französischen Majors, ob eine Verstärkung der Entente-Truppen erwünscht wäre, hat man, die Sicherheit der polnischen Truppen in vollem Umfang mit ihren Waffen zu versehen. Die Weitergabe dieses Antrags nach Opatowitz wurde versprochen. Weiterhin wurde die Frage der Erziehung der Reichswehr "Brennen" durch den Ausdrud "Territor de Weibitz" auf Waffenbesitzern sowie die Richterfrage und die Waffeneinführung von Bestimmungsgesetzstellen gestreift. In letzteren erblickt man unerlaubte Verstärkungsversuche entgegen § 8 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrages.

Meissen eine große Rolle gespielt. Nun liegt es der Sozialdemokratie vollkommen fern, die Bestimmungsgesetzstellen wieder einzuführen, die in früheren Zeiten üblich war. Wir wollen nicht, so wie es der alte Staat getan hat, politische Gegner von Beamtenstellen ausschließen. Wir erkennen auch nicht, daß die Sozialdemokratie gar nicht die Möglichkeit hätte, alle höheren Beamtenstellen mit Leuten ihrer Partei zu besetzen. Zur Bekämpfung der höheren Beamten gehören Männer mit großen juristischen und volkswirtschaftlichen Kenntnissen. Und derartige Persönlichkeiten sind in unserer Partei kaum vorhanden, besonders nicht in Sachsen, wo unsere Partei vielleicht mehr noch als anderwärts auch in ihrer Zusammensetzung eine reine Arbeiterpartei war. Auch könnten Anhänger unserer Partei, die wir in leitende Stellen setzen, nicht über das Maß von Erfahrung verfügen, das den jetzigen Beamten zur Seite steht.

Andererseits aber ist es auf die Dauer eine Unmöglichkeit, daß sozialistische Minister ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie nicht ein gewisses Maß von Unterstützung durch ihnen beigeordnete Berater haben, die auf ihrem Standpunkt stehen. Auch in einem so kleinen Staat wie Sachsen kann ein Minister nicht ohne weiteres sein ganzes Gebiet selbst übersehen. Er wird in vielen Fällen darauf angewiesen sein, den Rat der ihm unterstellten höheren Beamten zu folgen. Besonders dort, wo es sich um die Vorbereitung neuer Gesetze oder um den Erlass allgemeiner Verordnungen und Vorschriften für das Verhalten der Behörden handelt, kommt es nicht bloß darauf an, daß der Beamte, der die nötigen Vorarbeiten macht, über ein gewisses Maß von Kenntnissen und Verwaltungserfahrung verfügt, sondern eben auch auf die Bestimmung. Man kann zum Beispiel von einem konservativen Beamten nicht erwarten und nicht verlangen, daß er ein Gesetz ausarbeitet, das von sozialistischem Geist erfüllt ist. Es wird zum Beispiel jetzt, wenn wir recht berichtigt sind, im Ministerium des Innern eine Teilschrift über die Verwaltungsreform von einem Herrn bearbeitet, der durchaus auf konservativem Boden steht. Wird jemand glauben, daß eine konservative Regierung, die eine demokratische Verwaltung in ihrem Sinne umgestalten wollte, die Lösung dieser Aufgabe einem sozialdemokratischen Beamten übertragen würde? Ein Beispiel dafür, daß unser Verwaltungsapparat bei der Vorbereitung der Gesetze nicht so arbeitet, wie das zu wünschen ist, ist das Bodenvertragesgesetz, das augenblicklich in der Volkskammer beraten wird. Es hat einmal viel zu lange gedauert, bis dieses Gesetz an die Kammer kam und außerdem

Zusammenstöße in Paris

Paris, 2. Mai. Knüchlich der Maifeier kam es in Paris bei Kundgebungen zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele Personen und etwa 20 Polizisten wurden verwundet. Etwa 50 Personen wurden verhaftet. Zwei Personen sollen getötet sein.

Die Polizeipräfektur teilt mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden seien. Nach dem von Gott sollen gestern vier Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Bismarck und Galliani-Couratier sei eine Strafverfolgung wegen Mißhandlung gegen die benannte Macht eingeleitet worden.

Maifeier in England

London, 2. Mai. Aus Anlaß des 1. Mai waren Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. In allen Hauptorten wurden Kundgebungen veranstaltet. Bei einer großen Versammlung im Hyde-Park wurden Reden in englischer, russischer, polnischer und französischer Sprache gehalten und ein Beschlußantrag angenommen, der soziale Reformen und Frieden mit Rußland fordernd.

Demonstrationen in der Schweiz

Bern, 2. Mai. Gestern fanden in der Schweiz politische Arbeiterumzüge und Versammlungen statt; sie verliefen ohne Zwischenfälle. Viele Betriebe waren geschlossen.

Polens ukrainische Offensive

Stockholm, 3. Mai. In dem polnischen Vormarsch in der Ukraine schreibt die Prawda: Die polnischen Imperialisten meigern sich hartnäckig, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnischen Truppen haben einen Angriff auf der ganzen Front mit bedeutenden Kräften begonnen. Die polnische Regierung ist ein Bündnis mit Petljura gegen Rußland und die Ukraine eingegangen, um sich der Provinzen Wolhynien, Podolien und Kiew zu bemächtigen. Der polnische Vorstoß muß schon in den Anfängen gebrochen werden, andernfalls werden große Gebiete von Sowjetrußland von neuem der Herrschaft der polnischen Weisgardisten ausgeliefert.

Der militärische Mitarbeiter desselben Blattes schreibt: Auf der Südwestfront haben die Polen einen Vormarsch auf einer Front von 300 Werst vor Borissk bis zum Dnjestr begonnen. Der Plan geht dahin, sie auf die andre Seite des Dnjestr zu werfen.

müßten die von einer sozialistischen Regierung eingebrachten Gelegenheiten von vornherein so beschaffen sein, daß von unserer Fraktion so wesentliche Änderungen nicht mehr verlangt zu werden brauchen, wie jetzt bei diesem Gesetz.

Genau eine völlig betriebende Lösung des Beamtenproblems wird für uns in absehbarer Zeit nicht möglich sein, aber die Erfahrungen während der Regierung Gradnauer-Ullrich zeigen, daß eine Verstärkung unseres Einflusses in den Ministerien unbedingt notwendig ist.

Ob es auch notwendig und zweckmäßig ist, eine größere Zahl von Amts- und Freisprengmannstellen mit Angehörigen unserer Partei zu besetzen, was, dahingestellt bleiben. In Preußen hat man die alten Landräte vielfach durch Angehörige der Regierungsparteien und zum Teil auch durch Parteigenossen ersetzt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in der sächsischen Beamtenschaft das Junkertum nicht entfernt eine so große Rolle spielt wie in Preußen und deshalb ein Zusammenarbeiten mit den bisherigen Beamten in Sachsen leichter möglich ist.

Was die Sozialisierungsfrage anbelangt, so ist es selbstverständlich, daß es die Aufgabe einer überwiegend sozialistischen Regierung sein muß, zu beruhen, auf dem Wege zum Sozialismus sichtbare Fortschritte zu erzielen. Nun kann man aus Sachsen allerdings keine sozialistische Insel machen und unter Leitung der sich leinereit gegen die Neuartigen Sozialisierungspläne ganz entschieden gewandt. Aber damit ist nicht gesagt, daß nichts geschehen kann. Es scheint uns zum Beispiel nicht ausgeschlossen, auch in einem kleinen Staate wie Sachsen durch staatliche Maßnahmen eine rationellere Organisation der Industrie herbeizuführen. Ebenso wäre es vielleicht möglich, in großräumiger Weise durch Zusammenfluß der landwirtschaftlichen Erzeuger behufs Errichtung von Perwoerungsanstalten gemeinsamer Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und den Ertrag untes Bodens zu steigern. Genau handelt es sich auch hier um Fragen, die nicht im Sonderdrehen zu lösen sind, aber wir müssen von einer sozialistischen Regierung verlangen, daß sie derartige Probleme eingehend prüft. So weit und bekannt geworden, ist in dieser Beziehung in Sachsen nichts oder wenigstens nicht sehr viel geschehen.

Möge es der neuen sächsischen Regierung gelingen, die berechtigten Wünsche unserer Parteigenossen in möglichst weitestem Umfange zu erfüllen.